

Wir über uns: Senioren in Rüsselsheim

Im Rahmen seiner Klausurtagung 2004 hat der Seniorenbeirat

- über sein Selbstverständnis, seine Ziele, seine Absichten,
- über mögliche, für die städtische Gemeinschaft wichtige Arbeitsschwerpunkte,
- über Kommunikationswege innerhalb des Beirats wie der Rüss. Seniorenschaft,
- über Veranstaltungen und Treffen des SenB

diskutiert. Dieses Papier dient der Zusammenfassung und Weiterführung der damaligen Überlegungen und war Grundlage für eine erneute Beratung innerhalb des Seniorenbeirats im Rahmen einer Klausurtagung am 8.7.05 im Haus der Senioren. Insofern ist „Wir über uns: Senioren in Rüsselsheim“ zwar ein noch internes Papier des Beirats, das hiermit als eingebracht und als Ergebnis der Klausurtagung als abgestimmt gilt, das aber dennoch nun auch einer öffentlichen Beschlussfassung des SenB bedarf .

„Wir über uns: Senioren in Rüsselsheim“ ist als eine Gedanken- wie Leitskizze für einen sich gegebenenfalls anschließenden Umsetzungsprozess zu verstehen, in der mögliche Projekte zunächst einmal lediglich angerissen werden sollen, einerseits hinreichend genau, um zielgerichtet diskutieren zu können, andererseits hinreichend unpräzise, um Einengungen zu vermeiden und mögliche Modellvarianten offen zu halten. Auch darf das Papier nicht als abschließend oder gar ausschließend verstanden werden, vielmehr ist die Offenheit gegenüber neuen, sich gegebenenfalls aus der aktuellen Rüsselsheimer Situation ergebenden Themen zu betonen.

Nach der Beschlussfassung durch den SenB am 1.9.05 soll „Wir über uns: Senioren in Rüsselsheim“ der SenV zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt werden.

1. Seniorenbeirat: Selbstverständnis, Ziele, Absichten

Seniorenvertretung und Seniorenbeirat sind die nach demokratischen Grundsätzen aus einer Urwahl hervorgegangenen Interessenvertretungen der Rüsselsheimer Senioren, die Arbeit der beiden Gremien ist grundsätzlich überparteilich, überkonfessionell, überethnisch und vereinsunabhängig. Adressat für die Arbeit des Seniorenbeirats ist also stets die Gesamtheit der Rüss. Seniorenschaft, der Beirat orientiert sich dabei an den in Rüss. bestehenden spezifischen Gegebenheiten der Stadt einschließlich der Probleme behinderter Menschen.

Immer mit dem Ziel, die in der Stadt beeinflussbaren vorherrschenden Lebensverhältnisse der Rüss. Senioren positiv zu verändern, wird der Seniorenbeirat alle an ihn herangetragenen seniorenpezifischen Themenbereiche aufgreifen und bearbeiten, die gemäß der Richtlinien vorgegebene besondere Betonung von Freizeit- und Bildungsmaßnahmen wird erweitert.

Der Seniorenbeirat beabsichtigt darüber hinaus, allgemeine, für das Zusammenleben der Generationen wichtige Fragen aufzugreifen und sich mit Anregungen, Impulsen und gegebenenfalls auch mit eigenen Dienstleistungen der Seniorenschaft zur Weiterentwicklung der städtischen Gemeinschaft zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger der Stadt einzubringen.

2. Arbeitsschwerpunkte des Seniorenbeirats

2.1 Selbstverwaltung des Hauses der Senioren (HdS)

Vor dem Hintergrund der schlechten städtischen Finanzlage betreibt die Stadt augenblicklichen einen Umstrukturierungsprozess der Verwaltung mit dem Ziel, sich von Aufgaben, die nicht unbedingt zu den Kernaufgaben einer Kommune gehören, zu trennen und diese an andere Träger abzugeben. Man kann sicherlich gute Gründe dafür anführen, dass die Verwaltung des HdS eine städtische Aufgabe ist, ob die Verwaltung dieses Haus allerdings unbedingt in der Form eines städtischen Regiebetriebs mit eigenem Haushaltsabschnitt und durch städtisches Personal erfolgen muss, dies darf doch wohl bezweifelt werden. Auch wird die Finanzlage der Stadt eine Änderung dieser finanziell aufwendigen Verwaltungsform des Hauses in absehbarer Zeit erzwingen.

Es ist daher angebracht, dass sich der SenB dieser Thematik annimmt und seine Bereitschaft zur konstruktiven, gestalterischen Mitarbeit gegenüber dem M signalisiert. Denn wenn eine Selbstverwaltung des HdS durch die Seniorenschaft der Stadt erfolgen soll, dann sollte dies maßgebend und richtungsbestimmend unter der Regie der gewählten Gremien der Seniorenschaft (Seniorenvertretung, Seniorenbeirat) erfolgen. Anzudenken wären speziell zugrundende selbstverwaltete Trägermodelle wie die eines Träger- oder Fördervereins, einer gemeinnützigen Gesellschaft, eines Verbandes oder auch einer Stiftung. Auf jedem Fall muss dem Konzeptionsauftrag der Stadtverordnetenversammlung, nämlich der Umsetzung einer grundsätzlich offenen Altenarbeit in diesem Haus, Rechnung getragen werden.

Beschluss

Für den Fall, dass der M seinen verwaltungsinternen Umstrukturierungsprozess auch auf das HdS ausdehnen sollte, ist der SenB bereit zu einer konzeptionellen wie trägerrelevanten Mitarbeit bei der Überführung des HdS in die Selbstverwaltung durch die Seniorenschaft der Stadt .

2.2 Altengerechte Wohnformen für Rüsselsheimer Senioren

„Zu Hause alt werden und von lieben Menschen umsorgt sein, wenn die Gebrechlichkeit kommt – wer wünscht sich dieses nicht?

Die Realität im Alter sieht oft anders aus:

Vertraute Menschen ziehen weg.

Alte Bekannte sterben.

Den Laden um die Ecke gibt es nicht mehr, in dem man meistens ein bekanntes Gesicht angetroffen hatte.

Jetzt steht das Essen auf Rädern vor der Tür.

Es wird stiller um einen herum.

Ziemlich wehrlos fühlt man sich dem Lauf der Dinge ausgesetzt.

Nur ein paar Hoffnungen bleiben: Auf Kinder, die Kirchengemeinde, die Altenhilfe vor Ort oder sonst irgendeinen Menschen, der sich erinnert... (Rupflin, 2000)

Vereinsamung im Alter ist für viele Menschen ein großes Problem, es wird um so größer, wenn Alt Werden einhergeht mit körperlicher Gebrechlichkeit, finanzieller Enge und zurückgehender geistiger Vitalität.

Was kann man tun? Wenig – aber dennoch viel!

Gegen Krankheit und Tod ist die Gesellschaft machtlos, es ist der Lauf der Dinge. Was allerdings hilft, die Schicksalsschläge besser zu verkraften und sich sogar trotz allem den Lebensmut zu bewahren, das ist die Geborgenheit in einer Gemeinschaft. Konkret bedeutet dies, Wohnformen des benachbarten/gemeinsamen Wohnens zu ermöglichen, was, einmal abgesehen vom Wohnen im klassischen Heim (Alten- und Pflegeheim oder Anlage des Betreuten Wohnens), eher ein logistisches als ein finanzielles Problem darstellt.

Im Gegenteil:

Senioren, die räumlich eng beieinander wohnen, vielleicht in einem Haus, auf einer Etage eines Miets-/Hochhauses in einer Wohngemeinschaft leben, bleiben zwar einerseits autonom und damit für sich voll verantwortlich, sie können sich aber dennoch gegenseitig helfen und unterstützen. Solche Wohnmodelle entlasten die öffentlichen Haushalte und (Pflege-)Kassen und geben noch rüstigen Senioren eine neue, betreuende Aufgabe.

Vorbilder für solche „Wohngemeinschaften“ gibt es in anderen Städten (siehe beispielsweise das Konzept der Seniorenfamilie).

Man muss dies in Rüss. nur wollen und vor allem von städtischer Seite mitinitiieren und lenken, denn der betagte Einzelne kann dies nicht.

Beschluss

- 1. Der SenB fordert den M auf, mit den in der Stadt angesiedelten Wohnungsunternehmen – insbesondere natürlich der Gewobau – hinsichtlich der Einführung von Wohnformen des benachbarten/gemeinsamen Wohnens für ältere Bürgerinnen und Bürger zu verhandeln. Der SenB bietet hierbei seine Mithilfe an.**
- 2. Der SenB greift den Vorschlag des Dezernenten Herrn Dreiseitel auf und wird die fünf in Rüsselsheim ansässigen Baugenossenschaften zu einer Sitzung des SenB einladen.**

2.3 Migration

Altwerden in der Fremde kann des Einzelnen mit besonderen Belastungen verbunden sein, die durch eigene Anstrengungen im Alter wahrscheinlich nicht mehr beseitigt werden können. Nämlich dann, wenn der Einzelne aufgrund von Sprachbarrieren, mangelnder Aufgeschlossenheit oder eigener Abschottung, finanzieller Zwänge, anderer religiöser oder kultureller Vorprägungen usw. selbst früher nie den ernsthaften Versuch zur Integration in die Stadtgemeinschaft unternommen hat und ihn damit die mit der Beendigung des Arbeitsverhältnisses, dem Verlust von Ehepartnern und Freunden einhergehenden Phänomene der Vereinsamung besonders treffen.

In Rüss. besteht in diesem Punkt besonderer Handlungsbedarf, denn wenn auch gemäß des Statistischen Berichts 2004 der Stadt augenblicklich nur 5,9 % der ausländischen Bevölkerung älter als 65 Jahre ist (zum Vergleich: 21,1 % bei der deutschen Bevölkerung), so wird dieser Anteil mit dem gemeinsamen Älter-Werden der Migranten in den nächsten Jahren rasant ansteigen und in Anlehnung an den deutschen Anteil sich nahezu vervierfachen. Was jetzt noch über Kirchengemeinden, Seniorenclubs, die Großfamilie

(Auch die für Migranten zunächst typische Form des Zusammenlebens in einer kinderreichen Großfamilie wird mit der Zeit allein schon aufgrund der Erfordernisse der Arbeitswelt deutschen/westlichen Lebensformen weichen.) usw. aufgefangen werden kann, wird dann bei der großen Anzahl der Betroffenen nicht mehr aufgefangen werden können. Auch muss bezweifelt werden, ob die nachkommende, i. A. in Deutschland aufgewachsene Generation mit ihrem Anspruch auf „modernere/westlichere Lebensformen“ dies überhaupt leisten kann und will.

Was kann man tun?

Wer sich in seiner Jugend nicht hat integrieren wollen, der wird dies auch im Alter nicht mehr tun. Man sollte ihn auch anstatt einer ideologischen Gängelung seinen Weg gehen lassen und ihm diesen erleichtern, zumal es normal ist, sich im Alter an die „goldene Jugendzeit“ in der Heimat zu erinnern und diese zu verbrämen.

Dies konsequent weiter gedacht führt zu ethnisch geprägten Wohninseln, wobei das unter Punkt 2.2 beschriebene Modell des benachbarten/gemeinsamen Wohnens in Wohngemeinschaften - (z. B. eine ethnisch oder religiös geprägte „Seniorenfamilie“ in einem Geschoss eines Hochhauses) - gerade für Migranten von besonderem Interesse sein kann, da in diesem Fall kulturelle Sitten wie religiöse Prägungen unschwer zum Ausdruck gebracht werden könnten.

Beschluss

1. Analog wie zu Punkt 2.2, bezogen auf ethnisch orientierte Wohngruppen
2. Der SenB beschließt, ein Gespräch mit den für Integrationsfragen zuständigen Stadträten Kriz und Müller unter Beteiligung des Ausländerbeirats zu führen.

2.4 Besuchs- und Gesprächsdienst der Senioren

Wie häufig - beispielsweise im Programm „Vom Telefon zum Mikrofon“ des Süd. Rundfunks – suchen einsame, oft auch kranke, behinderte Menschen nach Kontaktpersonen zum vertrauten Gespräch, zum Ausgang, zur Wanderung usw., auch in Rüsselsheim dürfte es solche Fälle geben. Der SenB sollte zusammen mit den Seniorenvereinen und der unterstützenden Lenkung durch die Leitstelle Älter Werden ein entsprechendes Angebot/Programm entwickeln, evtl. Stadtteil bezogen in Verbindung mit kirchlichen Einrichtungen vor Ort. Eine Anlehnung an die Konzeption/Organisation der Telefonkette könnte hier hilfreich sein.

Beschluss

Der SenB nimmt die Überlegungen zwar auf, ist aber der Meinung, dass aufgrund des vielseitigen Gesprächs-, Beratungs- und Kontaktangebots in der Stadt Rüsselsheim zunächst kein dringender Handlungsbedarf besteht. Man ist der Ansicht, dass ein Rüss. Einwohner durch die Angebote von Kirchen, Vereinen wie auch der Stadt die Möglichkeit hat, einer Vereinsamung zu begegnen. Gleichwohl wird der SenB das Thema nicht außer Acht lassen und nach Möglichkeiten suchen, wie denen geholfen werden kann, die dazu nicht mehr in der Lage sind.

2.5 Senioren bringen sich ein

Wer heute mit Ende 50/Anfang 60 aus dem Beruf ausscheidet, ist i. A. weder alt und tatterig, noch hilfsbedürftig, noch geistig uninteressiert. Im Gegenteil, so ein „junger Alter“ verfügt über den reichen Erfahrungsschatz des Berufslebens, er verfügt über Zeit, und er ist unabhängig, alles ideale Voraussetzungen, um ehrenamtliche Arbeit/Leistung wie auch Verantwortung zu übernehmen.

Im Folgenden werden einige Themenbereiche exemplarisch benannt, die sich nach der Meinung des SenB für eine „Seniorentätigkeit“ gut eignen würden und die für die Weiterentwicklung unserer städtischen Gesellschaft zu einer **Generationenpartnerschaft** von hohem Interesse sein könnten.

2.5.1 Mentor für benachteiligte/gefährdete/anfällige Jugendliche in Schule und Ausbildung

Die Ausführungen von Herrn Lucas, Leitstelle Älter Werden in Offenbach, anlässlich des Tages der Älteren Generation werden aufgegriffen und auf Rüss. Verhältnisse übertragen. In Zusammenarbeit mit dem Jugendamt, den Schulen wie auch mit Ausbildungsbetrieben werden einzelne besonders gefährdete Jugendliche benannt, für die nach Meinung der jeweiligen Schule, des Ausbildungsbetriebes oder des Jugendamtes eine helfende, anleitende wie auch Orientierung gebende Unterstützung durch einen fremden Dritten (Mentor) im Hinblick auf eine korrekte Lebensführung wie einen erfolgreichen Abschluss sinnvoll und notwendig sein kann.

Natürlich bedarf es dabei stets eines besonderen Vertrauensverhältnisses zwischen Jugendlichen und Mentor, weshalb ein solches Projekt immer stark personenabhängig ist und auch grundsätzlich auf längere Zeit angelegt sein sollte.

Wenn auch im Einzelfall eine direkte Hilfe manchmal sicherlich nicht ausgeschlossen werden kann und soll, so stehen doch die menschlichen Verhaltenskomponenten im Vordergrund jeder Mentorentätigkeit, an einen (billigen) Nachhilfeunterricht ist nicht gedacht.

Beschluss

Der SenB ist der Ansicht, dass ein solches Projekt federführend vom Jugendamt betreut werden sollte. Unter dieser Voraussetzung will man für eine Mentorentätigkeit unter den Senioren werben. Spontan erklärt sich Frau Knöll zur Betreuung eines Mädchens bereit.

2.5.2 „Arbeitsschule“

Betreuen, Unterrichten, Anleiten, Ausbilden von Jugendlichen

Gedacht wird hier an Jugendliche ohne Lehrstelle, häufig sogar auch ohne Schulabschluss.

Was macht ein solcher Jugendlicher den ganzen Tag, zumal, wenn er vielleicht einmal mit dem Gesetz in Konflikt geraten ist und deswegen nicht einmal einen Aushilfsjob an der Tankstelle oder beim Supermarkt bekommt. Welche Chance hat ein solcher Jugendlicher, zumal auch die Anzahl der Ausbildungsplätze ständig zurückgeht. Was könnte helfen?

Helfen könnte eine schulähnliche Institution, die solche Jugendliche aufsuchen können, wo sie

- Betreuung und Unterrichtung erhalten
 - Ansprache, Zuwendung, gehört werden, erkennen dass sie nicht alleine sind, ...
 - aktivieren und wach halten schulischen Könnens (wer 1 Jahr keine Mathematik getrieben hat, besteht niemals mehr eine Aufnahmeprüfung),
 - Bewerbungstraining,
 - Erlernen von Fertigkeiten (EDV, Sprachen)....
- zu handwerklichen Arbeiten angeleitet werden
 - einfache Holz-, Garten-, Maurer-, Metall, Maler-,...arbeiten
- und Arbeitsleistungen für die Stadtgesellschaft erbringen können
 - Sanierung von Schulmöbeln, Spielplatzgeräten, Parkmöbeln,
 - Herstellen einfacher Bauten (Begrenzungsmauer, Zaun, Grill, Holzhütte, Unterstand,...)

Als **Rahmenbedingung** sollte gelten:

- Die Stadt trägt für die Jugendlichen wie die Senioren alle Auslagen (Fahrkosten, Bücher, Hefte, Material...), wobei zur Kostensenkung auch alte, ausrangierte Schulmedien genommen werden können.
- Die Teilnahme der Jugendlichen ist grundsätzlich freiwillig und wird finanziell nicht honoriert.

- Eine Teilnahme kann jederzeit aufgenommen oder abgebrochen werden, ist aber für die Zeit der Teilnahme – gegebenenfalls mit individuellem Zuschnitt - verbindlich.
- Es gibt einen festen verbindlichen Tagesplan.
- Schulische und handwerkliche Tätigkeit sollten gleich stark vertreten sein.
- Eine von Jugendlichen gefertigte Arbeit wird auch als solche öffentlich gekennzeichnet.
- Die Unterrichtsstätte der Arbeitsschule sollte über zwei normale Klassenräume (Unterrichtsraum, Werkraum,) verfügen und wäre daher am besten einer nicht ausgelasteten Schule (Schillerschule) angegliedert.

Die finanziellen wie organisatorischen Vorleistungen der Stadt wären zunächst einmal gering: Zunächst wäre zu ermitteln, ob sich genügend Senioren finden, die sich in solche eine regelmäßige, auf längere Sicht angelegte ehrenamtliche Arbeit einbinden lassen. Es wäre ein Standort auszusuchen, diesen den Jugendlichen über die Schule, über Anzeigen, Jugendeinrichtungen, das RIND usw. bekannt zu machen. Danach wäre abzuwarten, ob sich auch Jugendliche finden, die das Programm annehmen.

Angenommen das Konzept würde von den Jugendlichen nachgefragt und angenommen und die Lehrstellenmisere würde auch auf längere Sicht bestehen bleiben, wovon leider auszugehen ist, dann machte es sogar Sinn, in Anlehnung an das ehemalige Zertifikatsprojekt des Deutschen Volkshochschulverbandes über feste, Lernziel fixierte Lehrmodule zu Unterricht und Handwerk nachzudenken, so dass ein Jugendlicher sogar auch einen Qualitätsnachweis erhalten könnte. Dies wäre dann sicherlich keine von IHK oder sonst wem anerkannte Ausbildung, aber es wäre weit mehr als nichts. Und spätestens dann könnte man auch über einen Antrag auf Projektförderung bei Land, Bund oder EU nachdenken, denn das Projekt dürfte unter dem Gesichtspunkt des Generationenausgleich gesellschaftspolitisch von hohem Interesse sein.

Beschluss

Der SenB beschließt, dass Thema weiterzuverfolgen, auch wenn eine Umsetzung sowohl im Hinblick auf ein Erreichen der Jugendlichen wie auch der kontinuierlichen Mitwirkung von Senioren in genügender Anzahl zunächst schwierig erscheint. Auch soll zunächst ein Gespräch mit Herrn Heyl bzgl. der Konzeption geführt werden.

2.5.3 Kommunikationsnetz

Aufbauen, Unterhalten und Betreuen einer stadtinternen IT-Plattform mit e-Mail Service und Chatroom als Informations- und Diskussionsforum

„Senioren ans Netz“ ist ein Programm der Hess. Landesregierung, und wenn man unter entsprechenden Schlagwörtern im Internet nachschlägt, so erhält man eine schier endlose Flut kommunaler wie landes- oder bundesbezogener Projekte, immer mit dem Ziel, Senioren die elektronischen Medien nahe zubringen. Nun gibt es aber sicherlich

auch Senioren, die sich mit diesen Techniken bestens auskennen und denen es Spaß bereiten würde, ihre Kenntnisse zum Wohl der Stadtgemeinschaft einzubringen, sofern man sie denn fragte.

Beschluss

Der Punkt wird als nicht dringlich angesehen und nicht weiter beraten bzw. verfolgt.

2.5.4 Pflege und einfache Instandsetzung öffentlicher Anlagen/Spielplätze

Deutschland ist ein Land der Heimwerker, in Heimarbeit wird betoniert, gemauert, gesägt, gestrichen, geschraubt, im Garten gearbeitet,

und zwar zur Neugestaltung wie zur Reparatur. Nur, wenn eine öffentliche Einrichtung wie beispielsweise ein Spielplatz einer pflegenden wie auch reparierenden Überwachung bedarf, dann fühlt sich niemand zuständig.

Anstatt einen Defekt (was immer das ist) selbst schnell aufzunehmen und zu beseitigen, ruft man (möglichst über die Presse) nach der Stadt, die ihrerseits dann einen Dritten beauftragt, der dann in vielleicht 4 Wochen vorbeikommt. In der Zwischenzeit hat sich der Defekt vervielfacht und es bedarf einer teuren Sanierung der Anlage. Da diese Kosten aber im HH nicht vorgesehen sind/waren, steht auch kein Geld bereit, also müssen teure Sanierungen auf das nächste Jahr verschoben werden.

Natürlich ist das Beispiel überzogen, aber es trifft dennoch den Kern der Sache, nämlich zum einen das sich Nicht-zuständig-Fühlen vieler Bürger bei der Pflege und dem Erhalt städtischer Einrichtungen, und zum anderen die enormen Kosten, die mit einer professionellen Pflege/Instandhaltung für die Stadt verbunden sind.

Was kann man tun?

Ein Beispiel anstatt Theorie:

„Bauschheimer Senioren für Bauschheimer Kinder“ wäre ein Programm, das sicherlich Anklang finden würde, und die Bauschheimer Spielplätze wären überwacht, gepflegt und in Ordnung.

Es liegt in der Natur des Menschen, dass sich Großeltern/Senioren gerne für Enkel/Kinder einsetzen, genau an dieser Einstellung setzt das Programm ein. Ein solches Programm brauchte selbstverständlich nicht nur für Kinder zu gelten. Bauschheimer Senioren für Bauschheimer Einrichtungen wäre ein erweitertes Programm, das sicherlich ebenso Anklang finden würde, sofern denn eine positive öffentlich Einstellung erreicht werden könnte. Aber genau an diesem Punkt liegt das eigentliche Problem.

Beschluss

Der SenB hält kleinere, abgrenzbare Projekte wie z. B. eine Spielplatzpatenschaft denkbar und durchführbar.

Abschließende Bemerkung zu Abschnitt 2.5: Senioren bringen sich ein

Die Ausführungen laufen sämtlich darauf hinaus, dass Senioren Dienstleistungen für die städtische Gemeinschaft übernehmen, und zwar **freiwillig** und **unbezahlt**. Die möglichen Betätigungsfelder wären vielfältig, wobei es letztlich immer darauf hinausläuft, dass Senioren die ihnen zur Verfügung stehende Zeit und die in einem langen (Arbeits-)Leben erworbenen Erfahrungen einbringen.

Das Modell fußt auf der Überzeugung, dass Menschen gerne arbeiten, und dass sie dann bereit sind, Arbeiten für die Gemeinschaft übernehmen, wenn dies gewollt ist und mit Anerkennung verbunden ist. Denn arbeiten in einer Gruppe und für eine Gemeinschaft ist weit mehr als nur eine Beschäftigung, sie gibt Verbundenheit, lenkt ab von persönlichen Problemen, strukturiert einen Tagesablauf und schafft Wertgefühl, also alles Komponenten, die das Leben von Senioren stark bereichern könnten. Und die städtische Gemeinschaft würde sich auf diesem Wege einen Fundus an vielfältigen Diensten erschließen.

Aber dies alles funktioniert nur, wenn die veröffentlichte städtische Meinung die in diesem Sinne verstandene Seniorenarbeit auch ernsthaft will und als wertvoll betrachtet. Wo aber Senioren aufs Altenteil abgeschoben werden sollen oder nur als billiger Jakob verstanden werden, da gibt es keine Partnerschaft.

Damit ist die eigentliche Frage gestellt.

Es ist zu klären, ob die Rüss. Stadtgemeinschaft Seniorenarbeit im Sinne dieses Abschnittes „Senioren bringen sich ein“ überhaupt will.

Diese Frage ist zunächst von der städtischen Gemeinschaft zu beantworten, also zu aller erst von der Kommunalpolitik, d. h. von den politischen Parteien, der StVV wie dem M.

Beschluss

Der SenB hält Seniorenarbeit im Sinne des Abschnitts 2.5 für eine angemessene und bereichernde Aufgabe für die Seniorenschaft und wäre bereit, konkrete Modelle der Umsetzung zusammen mit dem M zu entwickeln, sofern eine entsprechende Nachfrage danach erfolgte.

Wolfgang Merz

Beschluss

des SenB zum Papier „Wir über uns: Senioren bringen sich ein“ insgesamt:

Der SenB beschließt das Papier „Wir über uns: Senioren in Rüsselsheim“ als Basis für eine weitere, detailliertere Arbeit. Das Papier soll der SenV zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt werden.

Der Beschluss wurde einstimmig gefasst, 1.9.2005.